



Mitgliederzeitung der SP BASELSTADT
149 November 2014



NEUE PHASE DER INTEGRATIONSPOLITIK

Kantonale Integrationsprogramme

Integration ist ein gegenseitiger Prozess, der das Engagement von Einheimischen und Zugezogenen erfordert – mit dem Ziel, dass alle in der Schweiz lebenden Personen ungeachtet ihrer Herkunft dieselben Chancen haben und gemeinsam zu einem friedlichen Leben beitragen.

Seit 2014 werden neu alle Bereiche der spezifischen Integrationsförderung in Kantonalen Integrationsprogrammen (KIP) zusammengefasst. Ziel der KIP ist es, ein von Bund, Kanton und Gemeinden gemeinsam entwickeltes Programm mit drei Pfeilern («Information und Beratung», «Bildung und Arbeit» und «Weitere» wie Interkulturelles Übersetzen oder soziale Integration) zu schaffen.

Baselland: Integrationsförderung in den Gemeinden

Für Baselland bedeutet das KIP vorerst vor allem strukturelle Veränderungen. Der Bund stellt dem Kanton Mittel für die Integrationsförderung zur Verfügung. Diese Mittel sind abhängig von den durch die Sozialhilfbehörden in den Gemeinden verfügbten Förderungs- und Beschäftigungsmassnahmen. Damit wird die Verantwortung für die Integration vermehrt an die Gemeinden übertragen. Die kommunalen politischen Akteure müssen die Integrationsbedürfnisse ihrer zugewanderten EinwohnerInnen wahrnehmen und geeignete Massnahmen ergreifen (z.B. Projekte von nicht-staatlichen Akteuren und Hilfswerken). Auf der politischen Ebene können die grösseren Gemeinden Integrationskommissionen aufbauen, wie sie in Liestal und Pratteln schon bestehen. In kleineren Gemeinden sind andere

Formen der Partizipation denkbar, wie sie die Kampagne der SP-MigrantInnen fördert.

Basel-Stadt: Sprachförderung als zentrale Massnahme

In Basel-Stadt war die Ausgangslage für die Einführung des KIP aufgrund der politischen und sozialen Strukturen des Stadtkantons eine ganz andere. Hier wird vor allem auf die Umsetzung von konkreten Massnahmen fokussiert.

Ein Kernpunkt für die SP-MigrantInnen in der Integrationspolitik ist und bleibt die Bildung. Während die SP seit Jahren darauf hinweist, dass die Chancen für Aus- und Weiterbildung ausgeweitet werden müssen, möchten wir hier an die MigrantInnen appellieren, die ihnen heute schon gebotenen Chancen tatkräftig zu nutzen.

Am dringendsten ist nach der Einreise in die Schweiz das Erlernen einer Landessprache. Aus eigener Erfahrung wissen wir als VertreterInnen der SP-MigrantInnen, dass die Sprache auf dem Weg zu Integration und Partizipation eine der wichtigsten Etappen darstellt. Mustafa Atici meint dazu: «Für mich war das frühe Interesse an der Sprache das Eintrittsbillet für die Beteiligung am wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Leben. Und richtig wohl gefühlt habe ich mich hier erst, nachdem

ich ein bestimmtes Sprachniveau erreicht hatte. Wohl auch deshalb habe ich mich nach dem Studium dazu entschieden, entgegen ersten Plänen in der Schweiz zu bleiben.»

Weil der Erwerb einer Landessprache so wichtig ist, begrüssen wir den Gegenvorschlag der Basler Regierung zur SVP-Integrationsinitiative, über die am Rheinknie Ende November abgestimmt wird. Die im Gegenvorschlag erwähnten kostenlosen Sprachkurse passen sehr gut zum Grundsatz des KIP «Fördern und Fordern».

Ausbaupotenzial: Asylwesen

Viele Akteure, die in ihrer alltäglichen Arbeit mit Zugewanderten zu tun haben – von Sozialarbeitern bis zu Beratungsstellen – bedauern sehr, dass Personen, die sich schon seit mehreren Monaten im Asylverfahren befinden und die mit höchster Wahrscheinlichkeit hier bleiben werden (wie z.B. Eritreer), von ersten Integrationsmassnahmen wie Basisdeutschkursen ausgeschlossen bleiben.

Elisa Carandina
Co-Leiterin Sachgruppe
Migration SP BL
Mustafa Atici
SP-Grossrat BS



Zukunft gestalten

Baselland hat Besseres verdient! Die vergangenen, bürgerlich regierten Jahre sind keine Erfolgsgeschichte: Das Baselbiet steckt fest, nach innovativen, kreativen Neuerungen sucht man vergeblich. Wer an dieser traurigen Situation etwas ändern will, wählt am 8. Februar die SP!

An einem Mediengespräch in gemütlicher, warmer Atmosphäre haben sich Ende Oktober die beiden RegierungsratskandidatInnen den JournalistInnen vorgestellt. «Wir wollen eine Veränderung. Wir wollen wieder die grösste Fraktion werden und wir wollen zwei von fünf Sitzen in der Regierung», stellte die Präsidentin Pia Fankhauser gleich zu Beginn klar.

WAHLEN AM 30.11.14

Friedensrichteramt Muttenz/Birsfelden

URSULA ROTH-SOMLO ALS FRIEDENSRICHTERIN!

Mit Ursula Roth-Somlo steht für das Friedensrichteramt Birsfelden/Muttenz eine bestens qualifizierte Juristin und Mediatorin mit langjähriger Erfahrung als StrafrichterIn zur Verfügung. Mobilisiert Nachbarn und Bekannte in Muttenz und Birsfelden für die Unterstützung ihrer Kandidatur.

Gemeinderatswahl in Frenkendorf

MIRJAM WÜRTH IN DEN FRENKENDÖRFER GEMEINDERAT!

Mit ihrer Erfahrung als Landrätin, ihrem Wissen als Mitglied der landrätlichen Finanzkommission und ihrem Engagement als Präsidentin von Pro Natura bringt sie die idealen Voraussetzungen für dieses Amt mit. Wer Würth wählt, wählt gut!



Regula Nebiker, Staatsarchivarin des Kantons BL, hat im Stadtrat von Liestal bereits Exekutivverfahren gesammelt. Dort hat sie auch hautnah miterlebt, was frischer Wind in einem Kollektiv bewirken kann: «Schwung und Ideen von neuen Köpfen in einem Gremium sind ansteckend. Das sieht man am Beispiel des aufblühenden Liestal.» Vom Tatendrang, der auf Gemeindeebene spürbar sei, brauche auch der Kanton wieder mehr!

Daniel Münger, der die Kantonspolitik viele Jahre als Landrat mitgeprägt hat, ortet ein Image-Defizit des Baselbiets. «Der Kanton hat sein Licht in den letzten Jahren unter den Scheffel gestellt. Es ist Aufgabe der neuen Regierung, Baselland wieder selbstbewusst nach

aussen zu vertreten.» Dass dafür die bisherige, bürgerliche Regierung nicht geeignet ist, sei offensichtlich.

Die SP Baselland will raus aus dem Stillstand und die Zukunft tatkräftig mitgestalten – mit zwei Sitzen in der Regierung.

PAROLEN SP BASELLAND

| | |
|-------------------------------------|------|
| Ecopop | NEIN |
| Gold-Initiative | NEIN |
| Abschaffung der Pauschalbesteuerung | JA |

Verantwortung übernehmen

Die Fusionsabstimmung Ende September war für uns alle ein grosser Schock. Wie kann es sein, dass eine grosse Mehrheit der Baselbieter Bevölkerung so ängstlich und mutlos ist und die Chance der Wiedervereinigung nicht nutzen will? Wie kann es sein, dass die Stimme der Jugend überhört wird? Wie kann es sein, dass die Generation der Höhenflieger unsere Zukunft verbaut? An diesem berüchtigten Sonntag konnte ich nur immer wieder den Kopf schütteln.

Der Schlag war hart, die Motivation heute, ist aber höher denn je. Denn was wir nicht tun dürfen, ist, den Gegnern, den rechten Kräften in unserem Kanton, den Ball zuwerfen und finden: «Jetzt sin dir draa!». Nein. Denn ganz ehrlich, wer von uns will diesem reaktionären Filzbündel, diesem bürgerlichen Block die Zukunft unserer Heimat überlassen? Ich appelliere an euch alle, liebe Genossinnen, liebe Genossen: Wir sind es, die offen und selbstbewusst in die Zukunft blicken

und innovativ und ohne Angst vor Identitätsverlusten unsere Lebensregion gestalten wollen. Es ist unsere Aufgabe, auf allen Ebenen der politischen Arbeit zu gestalten und der Angstmacherei der SVP et al. entgegenzuwirken. Dabei müssen wir uns leider immer bewusst sein, dass wir lediglich einen Teil unseres Lebensraums politisch gestalten können, weshalb wir insbesondere die interkantonale Zusammenarbeit und den Austausch im Dreiländereck enorm stärken und

verteidigen müssen. Für mich ist klar: Die SP muss Verantwortung übernehmen, denn ohne uns kein Fortschritt und keine Zukunft. Setzen wir uns ein für eine solidarische Gesellschaft über Kantonsgrenzen hinweg!

Samira Marti
Co-Präsidentin JUSO BL,
Komitee Jugend
für ein Basel



2015: 125 Jahre SP Basel-Stadt

Die SP BS feiert 2015 ihr 125-jähriges Bestehen. Am 26. Juni 1890 wurden die Schweizerischen Sozialdemokraten Basel gegründet. Dieses Jubiläum wollen wir nicht an nur einem grossen Anlass, sondern das ganze nächste Jahr über ausgiebig feiern.

Das Ziel ist, damit eine grosse Aussenwirkung zu erreichen: Wir möchten zeigen, wer die SP ist und was sie tat, tut und tun wird. Alle Genoss_innen, die Quartiervereine, die JUSO, die Sachgruppen, SP-Frauen, SP 60+ und weitere Gruppen sind dazu eingeladen, das Jubiläum mitzugestalten, denn wir alle sind die SP. Die Sitzungen des Parteivorstandes, der Geschäftsleitung und der Fraktionen in Grossrat und Bürgergemeinde nicht mitgezählt, wurden allein dieses Jahr von der SP Basel-Stadt über 100 Veranstaltungen organisiert. Dies zeigt, dass wir unglaublich aktiv sind. Ich bin mir sicher, dass diese Tatsache den meisten Menschen in Basel-Stadt verborgen bleibt. Deshalb sollen nächstes Jahr alle Veranstaltungen (wenn möglich) für alle Interessierten innerhalb und ausserhalb der Partei geöffnet werden. Darunter fallen Mitgliederversammlungen, Standaktionen, Vorträge, Stammtische und weitere geeignete Formate. So zeigen wir, wer wir sind, was die SP alles leistet, wo sie steht und welche Visionen sie für die Zukunft hat. Neben diesem Fokus auf die Gegenwart und Zukunft der Partei soll die Vergangenheit und Geschichte der Basler SP vorgestellt werden. Zentraler Bestandteil der Feierlichkeiten ist die Jubiläumspublikation «125 Jahre SP Basel-Stadt – Kleines Lexikon in 100 Stichworten», worin die Geschichte der Kantonalpartei erläutert wird. Zur Erscheinung des Buches im Herbst 2015 wird es eine Vernissage geben.



Natürlich darf das fulminante Fest im Jubiläumsjahr nicht fehlen: Es wird am Samstag, 27. Juni 2015 im SUD stattfinden. Das Fest ist vor allem als ein Dankeschön an euch alle gedacht. Ausserdem sind ein Liederabend und szenische Stadtführungen geplant.

Mit dieser Vielfalt an Veranstaltungen werden wir also unser Jubiläum nicht an einem einmaligen grossen Anlass, sondern das ganze Jahr hindurch feiern. Wir möchten damit aktiv auf die Leute zugehen und sie abholen. Die Verflechtung der Partei mit der Stadt und der Bevölkerung soll ins Bewusstsein gelangen. Es wird eine Homepage geben, die auf alle Anlässe aufmerksam macht, sowie ein einheitliches Grafikdesign, das für sämtliche Veranstaltungen verwendet werden soll. Das ganze

Konzept wird im Detail an der Delegiertenversammlung vom 25. November vorgestellt. Gerne besucht das Organisationsteam auch die Quartiervereine für weitere Informationen.

Die Vorbereitungen für die einzelnen bereits festgelegten Anlässe sind in vollem Gange. Weitere Anregungen, Ideen und Inputs sind sehr willkommen! Melden könnt ihr euch bei mir unter: 076 374 84 92 oder unter: michela.seggiani@vtxnet.ch

Michela Seggiani
Vize-Präsidentin SP Basel-Stadt



AGENDA SP BASEL-STADT

Montag, 17. November

Partei Vorstand

Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Dienstag, 25. November

Delegiertenversammlung

Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

Montag, 1. Dezember

Partei Vorstand

Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Dienstag, 16. Dezember

Delegiertenversammlung

Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

WAHLEN 2015

Ausschreibung für die Nationalrats- und Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015

In einem Jahr finden die eidgenössischen Wahlen statt. Die SP Basel-Stadt setzt sich zum Ziel, einen dritten Sitz im Nationalrat zu erobern. Dazu braucht es eine starke Zusammensetzung der Liste. Es wird voraussichtlich eine Listenverbindung mit anderen linken und ökologischen Parteien geben.

Für die Wahlen suchen wir Kandidierende mit einer breiten politischen Erfahrung und einem hohen Bekanntheitsgrad. Parlamentserfahrung

ist nicht Bedingung, aber von Vorteil. Interessierte melden sich mit einem Lebenslauf von einer A4-Seite bei Nicole Amacher bis zum 15. Dezember 2014.

Für Rückfragen steht die Präsidentin der Partei, Brigitte Hollinger, zur Verfügung (076 467 33 93).

Michela Seggiani
Vize-Präsidentin und Präsidentin
der Wahlkampfleitung

VERBESSERUNGEN IM TAXIGESETZ SIND DRINGEND NÖTIG

Totalrevision Taxigesetz

Die Situation der TaxifahrerInnen in Basel ist unhaltbar. Die Löhne reichen meist nicht zum Leben, der gesundheitliche Schutz ist ungenügend und auch die kartellähnliche Situation der Branche

inakzeptabel. Der Regierungsratschlag zur Totalrevision des Taxigesetzes, der seit zehn Jahren in Bearbeitung ist und aus der Feder des FDP-Regierungsrates stammt, wird diese Situation nicht verbessern. Der Ratschlag hat eines der prioritären Ziele der Gesetzesrevision – die Verbesserung der Arbeitsbedingungen – schlicht verfehlt. Einzig die Verbesserung der Dienstleistungsqualität bleibt erklärtes Ziel. Unter diesen Vorzeichen liegt der Ratschlag nun in der Wirtschafts- und Abgabekommission.

Es stellen sich grundsätzliche Fragen, die der Ratschlag nicht zu lösen vermag: Wie soll ein/e TaxifahrerIn den Wagen perfekt in Stand halten oder das Deutsch verbessern können, wenn sie/er 15 Franken pro Stunde verdient? Die TaxifahrerInnen sind sehr be-

strebt, die Dienstleistungsqualität zu verbessern, aber mit derartigen Arbeits- und Lohnbedingungen wird ihnen das verunmöglicht. Der zuständige FDP-Regierungsrat hat die Chance verpasst, sinnvolle Lösungsansätze vorzuschlagen.

Die SP dagegen hat konkrete Ideen. Einer der thematisierten Ansätze ist eine staatliche Zentrale. Damit sollen die Lizenz- und die Auftragsvergabe durch den Kanton geschehen und die Halter privat sein. Ob der SP bei der Debatte nichts anderes übrig bleibt, als – sofern die Partei sich dafür ausspricht – das Referendum zu ergreifen, wird sich erst nach der Kommissionsdebatte zeigen.

So lange bleibt die SP-Fraktion aber nicht untätig. Mit einem Vorstosspaket im November gehen wir die konkreten Probleme

an und erwarten Lösungen: So sollen das Kartell geschwächt, der Gesundheitsschutz verbessert, die Standplatzproblematik gelöst und die Illegalität der Arbeitsverhältnisse behoben werden. Wir sind überzeugt, mit diesen – wenn auch vorerst bescheidenen Massnahmen, das Taxigewerbe zu stärken.

PAROLEN SP BASEL-STADT

Eidgenössische Abstimmungen

| | |
|---|-------------|
| Volksinitiative «Abschaffung der Pauschalbesteuerung» | JA |
| Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold!» | NEIN |
| «Ecopop-Initiative» | NEIN |

Kantonale Abstimmungen

| | |
|---|-------------|
| Integrationsinitiative der SVP | NEIN |
| Gegenvorschlag zur Integrationsinitiative | JA |

TOTALREVISION ENERGIEGESETZ

Kleiner Schritt zurück zum Pionierkanton

Mit der vorliegenden Energiegesetzrevision kann der Kanton Baselland einen kleinen Schritt tun in Richtung Pionierkanton, der wir einmal waren. Vieles entspricht langjährigen Forderungen von unserer Seite. Doch konsequentes Handeln wird nötig sein, um die vorgegebenen Ziele auch zu erreichen. Vor allem soll eine Abgabe auf nicht erneuerbare Energien in der Verfassung niedergeschrieben werden. Es wird ein harter Weg werden, diese Abgabe gegenüber der Öl-Lobby und den Wirtschaftsverbänden zu verteidigen. Für einmal zeigt sich die Wirtschaftskammer als löbliche Ausnahme. Die Abgaben auf nicht erneuerbare Energien (Öl, Gas, Strom, in dieser Reihenfolge) soll der Finanzierung der Gebäudesanierungen dienen. Eine Verdreifachung des Finanzvolumens ist vorgesehen. Die investierten

Gelder werden zu einem hohen Anteil in die Region fliessen und örtlichen KMU-Betrieben Arbeit verschaffen. Ein grosser Zankapfel wird aber sein, weshalb alles Geld nur ins Gebäudepaket fliesst und weshalb keine kantonale KEV (kostendeckende Einspeisevergütung) installiert werden soll, um Erneuerbare parallel zu fördern. Dass es Sinn macht, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen, sollte eigentlich allen einleuchten. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Konkurrenz mit dem Ausland nicht zu gefährden, wird bei den Zielsetzungen zur Senkung des Energieverbrauchs auf Freiwilligkeit und Vereinbarungen gesetzt. Elektroheizungen sind ein alter Zopf und sollen verboten werden. Viel zu reden geben wird die Frage: Sollen erneuerbare Energien gegenüber dem Landschaftsschutz Vorrang

haben? Wie kann vermieden werden, dass sich Landschaftsschutz und Energiewende gegenseitig blockieren? Eine sorgfältige Einzelfallabwägung wird nötig sein. Die Vernehmlassung ist abgeschlossen, und es ist Aufgabe der Verwaltung, mit grossem Fingerspitzengefühl die unterschiedlichen Standpunkte auf einen Nenner zu bringen. Weiterreichende Forderungen werden alsdann in der Umwelt- und Energiekommission ausdiskutiert, bevor wir im Landrat eine Vierfünftel-Mehrheit anstreben können, so dass das Volk nur über die Verfassungsänderungen abstimmen muss.

Stefan Zemp
Landrat,
Mitglied UEK,
Sissach



Toya Kruppenacher
Grossrätin, Mitglied WAK



Sarah Wyss
Grossrätin,
Co-Präsidentin
SG Migration



AGENDA SP BASELLAND

Samstag, 22. November, ab 13 Uhr, Regierungsgebäude Liestal
Seminar Schweiz und Europa – wie weiter?
Bitte anmelden: www.juso-bl.ch/europa

Dienstag, 2. Dezember, 20 Uhr, Gemeindehaus Gelterkinden
Infoabend Sozialhilfe
(SP Gelterkinden u. U., SP Sissach u. U.) mit Christina Hilber (SHB-Mitglied Gelterkinden), Christian Bolliger (SHB-Mitglied Gelterkinden), Lars Mazzucchelli (Gemeinderat/Finanzchef Sissach)

Donnerstag, 18. Dezember, 20 Uhr
Sessionsbericht mit Claude Janiak, Regula Nebiker und Eric Nussbaumer
Calvinhaus, Allschwil

Sonntag, 4. Januar 2015, 10 Uhr
Aula Schulhaus Donnerbaum, Muttenz
Dreikönigstreffen – Auftakt zum Mobilisierungswahlkampf für den 8. Februar